

Ali Erbaş: der Christenverstehender

Der neue Präsident der türkischen Religionsbehörde Diyanet ist ein Spezialist für das Christentum. Seine Ernennung überrascht angesichts der türkischen Staatspolitik, die zunehmend polarisierend und identitär ist. **von Felix Körner**

Kurzbiographie Ali Erbaş wurde 1961 geboren, studierte Theologie an der Marmara-Universität in Istanbul und promovierte dort in Religionsgeschichte über »Die Engellehre verschiedener Offenbarungsreligionen«. Zwischendurch arbeitete er als Imam an verschiedenen Istanbul Moscheen. Es folgten Post-Doc-Aufenthalte in Paris und Strasbourg. Seit 1993 unterrichtete er Religionsgeschichte an der Sakarya Universität, östlich von Istanbul, seit 2004 als ordentlicher Professor. 2011 wurde er zum Direktor der Bildungsabteilung der türkischen Religionsbehörde berufen, im September 2017 zum Präsidenten. ER ist verheiratet und hat vier Kinder. Er hat 12 Bücher veröffentlicht, zuletzt hauptsächlich über das Christentum.

Kemal »Atatürk« schuf wenige Monate nach Staatsgründung der Republik Türkei das Präsidium für Religionsangelegenheiten, kurz »Diyanet«. Doch tatsächlich kümmert sich das Amt nicht um die Belange aller Religionen, sondern lediglich um den Islam. Die Diyanet ist nämlich die Nachfolgeinstitution der obersten sunnitischen Religionsautorität im osmanischen Reich: des Muftis von Istanbul, des »Scheich ül-Islam«.

Das Präsidium hat seinen Sitz in der Hauptstadt Ankara. Große Arbeitsbereiche sind Katechese und Wallfahrt. Vor allem ist die Behörde Oberaufsicht der Religionsbediensteten. Die Diyanet untersteht dem Ministerpräsidenten. Ein dialogisches Eigenleben des Islam als Religion gegenüber der Staatsmacht ist in dieser Konstruktion nicht angelegt; vielmehr war Gründungsintention, das gesamte muslimische Leben in der neuen Türkei zu kontrollieren. Die in Deutschland (1984) und Österreich (1991) eingerichteten Dachverbände DİTİB und ATİB unterstehen der Ankaraner Behörde.

Seit dem Jahr 2002 regiert in der Türkei die ausdrücklich islamisch-religiös grundierte AK-Partei. Ihre Politik und ihr Vorsitzender, Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan, konnten in den ersten Regierungsjahren als integrierende Gegenbewegung zur religionsfernen Elite, aber auch zu radikaleren Formen von Islamismus und Nationalismus gelten. Auf diesem Hintergrund waren die vorherigen Ernennungen von Diyanet-Präsidenten zu verstehen: des Ankaraner Hadith-Wissenschaftlers Mehmet

Görmez; sowie vor allem seines Vorgängers, des ausgezeichneten Experten für islamisches Recht, Ali Bardakoğlu – beidemale Professoren mit theologischen Kompetenzen in einem Zentralgebiet der islamischen Selbstreflexion.

Inzwischen agiert die türkische Staatspolitik zunehmend polarisierend, identitär und autoritär zu agieren. Da überrascht die Ernennung von Ali Erbaş. Denn sein Fachgebiet ist die Erforschung anderer Religionen. Seine wissenschaftlichen und publizistischen Arbeiten beziehen sich häufig auf das Christentum, bekannt ist vor allem sein Büchlein *Hristiyanlık* (»Das Christentum«, 2004), eine vor allem aus französischsprachiger Literatur erarbeitete sachliche Darstellung von Geschichte und Lehre der Kirche.

In der türkischen Öffentlichkeit Erbaş Ernennung keine große Beachtung. Was bedeutet die Personalie? Türkische Islam-Theologinnen und Theologen erwägen unter anderem drei Deutungen: Die Religionsbehörde möchte sich kompetenter in die Welt des Dialogs mit christlichen Kirchen einschalten. Je mehr man etwa von vatikanischer Seite als »der« Gesprächspartner wahrgenommen wird, desto mehr rückt die Diyanet in die Rolle der universalen Vertretung des sunnitischen Islam. So kann man an die Kalifatsidee anschließen. Der Verlust eines islamischen Einheitsstifters unter Atatürk wird sunnitischerseits breit bedauert. Der Wunsch nach mehr christlich-islamischer Kompetenz ließe sich auch als Reaktion auf die Hizmet-Bewegung Fethüllah Gülen verstehen, zu deren Domänen der interreligiöse Dialog gehört und die auch der neue Diyanet-Präsident – türkisch-staatlicher Doktrin gemäß – in einem Atemzug mit dem sogenannten »Islamischen Staat« als Terrororganisation dargestellt.

Andere Deutungsmöglichkeit wäre: Das Präsidium möchte seiner Titelbestimmung gerechter werden und nicht nur »islamische«, sondern allgemein »religiöse« Angelegenheit regeln. Daher braucht man Kenntnis über die in der Türkei lebenden Christen. Diese weniger als ein Prozent der Bevölkerung zählende Minderheit beklagt nach wie vor rechtliche, aber vor allem gesellschaftliche Diskriminierungen. Eine Ausweitung der Zuständigkeit zumindest auf Gruppen wie die Aleviten entspricht der von Vorgänger Görmez gewiesenen Linie »Einheit in der Vielfalt« (*çokluk içinde birlik*): Anfang einer Distanznahme von früheren Versuchen der Behörde, alevitische Ortschaften sunnitisch zu vereinheitlichen.

Erbaş Berufung lässt sich schließlich als Stärkung der Verantwortung der Diyanet für türkische Muslime in mehrheitlich christlichen Ländern deuten. Die größte Gruppe lebt in Deutschland, und dort ist Erbaş Behörde mittels der DİTİB wichtigster Moscheen-Träger und Arbeitgeber von Imamen – eine Rolle, die hierzulande zunehmend auf Kritik und Widerstand stößt.